
N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit
und Umwelt am 18.04.2023**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Sitzungsort: Feuerwache, Innsbrucker Straße 8

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

**Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste,
Umwelt und Sicherheit** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 18.04.2023, 16.30 Uhr mit 8 stimmberechtigten
Mitgliedern. Er stellte außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.02.2023**

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Niederschrift wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit führte aus, dass in der letzten Sitzung ein Beschluss im nicht öffentlichen Teil gefasst wurde, und zwar der Beschluss über die Erteilung einer Konzession im Rettungsdienst, Vorlage: BV/008/2023/V-37.

Herr Stadtrat Fricke, Fraktion der SPD erschien 16.38 Uhr. Somit waren nunmehr 9 Ausschussmitglieder anwesend.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit sagte, dass es keine schriftlichen Anfragen von Bürgern gab.

Es meldete sich nunmehr ein **Bürger** zu Wort. Dieser fragte nach, wie der Missstand bei der Beantwortung von Bürgeranfragen behoben werden kann. Er monierte die Qualität bei der Beantwortung der Anfragen durch die Stadtverwaltung. Er führte aus, dass entweder keine Rückmeldung erfolgt (z. B. Frage an den Hauptausschuss vom 22.02.2023 zum Energieverbrauch Weihnachtsmarkt) bzw. keine Information darüber ergeht, wann mit der Beantwortung zu rechnen sei.

Der **Bürger** rügte ebenfalls, dass der Wortlaut der Anfragen von Bürgern im Ratsinformationssystem nicht richtig wiedergegeben werde. Dort wird nur die Frage eingestellt, aber die Erklärung dazu weggelassen. Des Weiteren sagte er, dass eine Frage, die im Ratsinformationssystem am 18.04.2023 eingestellt wurde, der Niederschrift vom 22.02.2023 zu entnehmen sei. Des Weiteren nahm er Bezug auf den Gesundheitsausschuss vom 20.09.2022 und sagte, dass der dort angegebene Link nicht funktioniere. Die Antworten auf die Fragen aus dem Finanzausschuss vom 28.02.2023 stehen nur in der Niederschrift und nicht im Ratsinformationssystem.

Herr Horváth führte aus, dass im Hinblick auf den Weihnachtsmarkt eine schriftliche Antwort durch die Stadtverwaltung bereits erfolgte. Zu den weiteren Anfragen sagte

er, dass dies geprüft wird und der Bürger eine schriftliche Antwort erhalten werde. **Herr Horváth** führte weiterhin aus, dass er hinsichtlich der Anfrage zum Weihnachtsmarkt und der Beantwortung von Einwohnerfragen bzw. der Einstellung der Antworten im Ratsinformationssystem dem Bürger schriftlich eine Antwort geben wird.

Der **Bürger** fragte, was die Stadtverwaltung unter einer Bürgeranfrage versteht und ob eine Erklärung auch dazu gehört. Und ob diese im Portal mit einzustellen wäre. Ihm wäre wichtig, dass im Portal die Frage, die Antwort und die Erklärung dazu eingestellt werden.

Herr Horváth wird die Angelegenheit prüfen.

Der **Bürger** fragte nach, wer die 10 größten Wasserverbraucher in Dessau sind und was unternommen wurde, um den Wasserverbrauch zu senken. Er sagte, dass die Preispolitik wenig Anreiz zum Wassersparen gebe. Des Weiteren führte er aus, dass es im Jahr 2022 Einschränkungen für die Bürger beim Bewässern ihrer Gärten gab. Er fragte nach, in welcher Weise die Stadt Dessau-Roßlau über die Preispolitik Einfluss auf die Großverbraucher nimmt.

Herr Unger, Sachgebietsleiter Amt 83-2 antwortete hierauf, dass die Stadt Dessau-Roßlau keine Erhebung über jede Wasserentnahme erstellt, die aus Grund- oder Oberflächenwasser erfolgt. Die Entnahmen aus den Gewässern unterliegen den Regelungen des Wasserentnahmeentgelts. Die Anfrage müsste an die Obere Wasserbehörde beim Landesverwaltungsamt gestellt werden, so **Herr Unger**. Dort werden alle relevanten Entnahmen über 3.000 m³ pro Jahr gesammelt und dokumentiert.

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragte nach, ob die Beschränkungen bzgl. der Wasserentnahme für die Bürger wie im Jahr 2022 bestehen bleiben.

Herr Unger sagte hierzu, dass die Allgemeinverfügung, die eine zeitliche Befristung hatte, im Jahr 2022 ausgelaufen ist.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragte nach, ob es in der Region Dessau-Roßlau auch eine Wildschweinplage wie in Anhalt Bitterfeld gäbe.

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit wird die Anfrage prüfen.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau hatte den Medien entnommen, dass derzeit in mittelgroßen Städten Moskitogeräte an diversen Stellen installiert werden. Diese Geräte geben hochfrequente Töne ab. Er fragte nach, ob es in Dessau-Roßlau auch solche Geräte gäbe.

Herr Unger, Sachgebietsleiter Amt 83-2 verneinte dies.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) sprach das Thema Lokschuppen an. Er fragte nach, ob es neue Erkenntnisse bzgl. der Brände gäbe und ob Vorsorge hierzu getroffen werden könnte, um weitere Schäden zu vermeiden. Des Weiteren führte er aus, dass Anwohner beim letzten Brand bemerkt hätten, dass die Feuerwehr sehr spät mit dem Löschvorgang begonnen hatte.

Herr Horváth führte hierzu aus, dass dem Eigentümer die Verkehrssicherungspflicht obliegt. Dieser muss Maßnahmen ergreifen, dass sich kein erneuter Vorfall ereignet.

Herr Müller, Amtsleiter Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst sagte, dass Brandursachenermittlung Aufgabe der Polizei ist. Auskunft über die Brandursache erhält die Feuerwehr nur auf Nachfrage. Eine Aussage zur Bereitstellung von Löschwasser kann nicht sofort beantwortet werden. Dafür ist Einsicht in die Einsatzberichte erforderlich, so **Herr Müller**.

Herr Ratzmann betonte, dass an diesen Schuppen der Tierpark angrenzt und ein Schaden vermieden werden sollte. Er ist der Meinung, dass man den Eigentümer dazu bewegen sollte, etwas zu unternehmen, damit kein weiterer Schaden entsteht.

6.2 Ordnungsamt - Arbeit der Mülldetektive

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit informierte kurz über den Aufbau und die Arbeit des Ordnungsamtes anhand einer Übersicht. Diese ist dem Protokoll als *Anlage* beigefügt.

Das Ordnungsamt ist eines der größten Ämter der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau, so **Herr Horváth**. Die Abteilungen I und II sind angesiedelt im Historischen Arbeitsamtsgebäude, die Abteilung III befindet sich im Rathaus Dessau in der Zerbster Straße.

Herr Becker, Sachgebietsleiter Amt 32-2 stellte sich vor und führte aus, dass er für den Stadtordnungsdienst verantwortlich ist. Seit Mai 2022 gibt es die Umweltdetektive. Diese wurden im Stadtpflegebetrieb und im Umweltamt intensiv geschult. Er sagte, dass mit Stand 31.03.2023 943 Fälle illegaler Abfallentsorgung im Stadtgebiet festgestellt wurden. Davon konnten 232 Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden. Der Außendienst erteilt – im Rahmen ihres Ermessens – auch mündliche Verwarnungen. Die Umweltdetektive haben nicht nur die Aufgabe des Überwachens im öffentlichen Verkehrsraum, sondern nehmen auch beratend an Veranstaltungen teil und geben an Schulen Informationen zur Mülltrennung.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste fragte, welche Summe für Ordnungswidrigkeiten sowie Strafanzeigen eingenommen wurden und nach der Höhe der Bußgelder.

Herr Becker erklärte, dass er die Höhe nicht beziffern kann, da einige Verfahren noch nicht abgeschlossen sind. Die Höhe der Bußgelder richtet sich nach der Ordnungswidrigkeit. Diese können sich von 1,00 € bis 2.500,- € bzw. bis 50.000,00 € belaufen.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste fragte nach dem häufigsten Delikt.

Herr Becker führte aus, dass die illegalen Müllablagerungen an Containerstellplätzen oder am Straßenrand überwiegen. Hier ist eine Ermittlung der Verursacher schwierig.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) fragte nach, wie viele Fälle es vor dem Einsatz der Mülldetektive gab.

Herr Becker konnte keine konkreten Zahlen nennen. Da sich die Umweltdetektive aber hauptsächlich um dieses Thema kümmern, sind mehr Fälle als in den Vorjahren aufgenommen worden.

Herr Horváth bat Herrn Becker um eine Aufstellung der Ordnungswidrigkeiten und Ausreichung in der nächsten Sitzung des Ausschusses.

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragte, ob es überhaupt möglich ist, eine Bilanz nach einem Jahr zu ziehen.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau ist der Meinung, dass die Arbeit der Umweltdetektive wichtig ist. Außerdem lobte er die Arbeit an den Schulen. Der Nachwuchs wird somit in den Umweltschutz mit einbezogen.

Herr Egelkraut, Fraktion Pro Dessau-Roßlau fragte nach, ob die Umweltdetektive Uniformen tragen und somit erkannt werden können. Des Weiteren interessiere ihn, wie die Bevölkerung die Umweltdetektive annehme.

Herr Becker führte aus, dass sie die gleichen Uniformen wie der Stadtordnungsdienst tragen, allerdings mit der Aufschrift „Umweltdetektive“. Er sagte weiterhin, dass die Bevölkerung sehr positiv auf die Arbeit der Mitarbeiter reagiere.

Herr Kellner, Fraktion der CDU fragte nach, ob die Mitarbeiter der Stadtverwaltung auch Schulungen erhalten.

Herr Horváth führte aus, dass Schulungen angedacht sind. Im Hinblick auf die Eröffnung des neuen Bürgeramtes werden diese als Vorteil für den Bürger als auch für den Mitarbeiter gesehen.

Frau Grabner fragte, ob sich die Wartezeiten entspannt hätten, z. B. bei der Zulassungsstelle.

Herr Horváth sagte hierzu, dass Termine online gebucht oder telefonisch vereinbart werden können. Seiner Kenntnis nach beträgt die Wartezeit bei der Kfz-Zulassung derzeit ca. 2 Wochen.

Herr Kellner führte aus, dass man innerhalb von 4 Wochen problemlos einen Termin bekäme.

Herr Ratzmann sagte, dass die Terminvergabe weitaus besser funktioniere als noch vor geraumer Zeit. Des Weiteren fragte er nach, wie es mit dem Standortwechsel der Zulassungsstelle aussehe.

Herr Horváth führte aus, dass er diese Anfrage im nicht öffentlichen Teil beantworten wird.

6.3 Informationen zu Verkehrseinschränkungen Sperrung der Brücke in Roßlau

Herr Dähne, Sachgebietsleiter Amt 32-11 stellte sich vor und gab folgende Informationen zur Brückensperrung in Roßlau und den damit verbundenen Einschränkungen:

Er führte aus, dass die Bauarbeiten auf der Elbbrücke in Roßlau planmäßig bis Ende Oktober 2023 durchgeführt werden sollen. Derzeit wird geprüft, ob die Vollsperrung an bestimmten Wochenenden erfolgen kann, und zwar eine Woche vor dem SKA-Festival sowie zwei Wochen vor dem Stadtfest. Aktuell gibt es eine zweispurige Verkehrsführung. Die Oberspurseite können derzeit Radfahrer und Fußgänger nutzen. In den verkehrsschwachen Zeiten wird eine zusätzliche Lichtsignalanlage aufgebaut, so **Herr Dähne**.

Herr Kellner, Fraktion der CDU fragte nach, ob die Möglichkeit zur Durchfahrt für die öffentliche Sicherheit bei Vollsperrung bestehe.

Herr Dähne sagte, dass bei Vollsperrung keine Durchfahrt möglich ist.

Herr Müller, Amtsleiter Brand- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst informierte, dass hier immer mit dem Landkreis Bitterfeld bzw. Anhalt-Zerbst bzgl. des Rettungsdienstes zusammengearbeitet wird. Feuerwehrtechnisch ist man ebenfalls gut aufgestellt.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) fragte nach, wann der Verkehr einspurig geregelt wird.

Herr Dähne sagte, dass an den verkehrsschwachen Zeiten, und zwar an den Wochenenden in der 17. und 18. Kalenderwoche der Verkehr einspurig geregelt werden wird.

6.4 Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners

Zur Arbeit der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners führte **Herr Unger, Sachgebietsleiter Amt 83** ein. Er sagte, dass die Vorhabenträgerschaft und Genehmigungsbehörde unterschiedliche Institutionen sind. Seit 3 Jahren besteht die Zusammenarbeit mit den Flächeneigentümern, um mit der Massenentwicklung des Eichenprozessionsspinners umzugehen. Die Arbeitsgruppe wurde gegründet, um eine Koordinierung bei der Bekämpfung über die Flächengrenzen und Eigentümerschaften hinaus vorzunehmen. In der Arbeitsgruppe sind die städtischen Ämter vertreten, die eine Verantwortung für die Pflege und den Unterhalt von Bäumen und Wald haben. Das sind u. a. das Tiefbauamt mit der Forstbehörde und als Vertreter

der Waldbesitzerschaft der Stadtpflegebetrieb. Des Weiteren gehören die Ämter dazu, die Kindergärten, Schulstandorte, Sportanlagen etc. verwalten sowie der Betreuungsforst, der Forstbetrieb Anhalt, die Kulturstiftung Dessau-Wörlitz und das Land insgesamt in unterschiedlichen Funktionen. **Herr Unger** stellte anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als *Anlage* beigefügt ist, die Vorgehensweise und Methoden bei der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners vor.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste fragte nach, wann die Raupen schlüpfen.

Herr Unger antwortete hierauf, dass die Eichenprozessionsspinner 3 Monate benötigen, bevor sie sich verpuppen. Die geschlüpften Falter leben ca. eine Woche und verpaaren sich. Die Weibchen legen im August / September die Eier auf den Ästen ab. Im zeitigen Frühjahr schlüpfen die Larven.

Des Weiteren führte **Herr Unger** aus, dass die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners nur in Bereichen durchgeführt wird, wo die Gefahr für die Gesundheit des Menschen besonders ausgeprägt ist. Dies ist der Fall an Wegen. Des Weiteren muss an Gewässern ein Abstand von 25 Metern eingehalten werden. Die Horste von Greifvögeln sind ebenfalls von der Befliegung ausgenommen.

Herr Kellner fragte nach, ob der Viereckteich auch befliegen wurde.

Dies wurde von **Herrn Unger** verneint.

Des Weiteren fragte **Herr Kellner**, ob die alten Eichen im mittleren Teil des Tiergartens auch behandelt werden.

Herr Unger sagte hierzu, dass der Gesundheitsschutz beachtet werden muss. Es wird nicht jeder Baum behandelt, sondern nur dort, wo Menschen in Gefahr geraten könnten. Die Einschätzung aus der Bonitätsprüfung vom Betreuungsforstamt sieht vor, dass aus Gründen des Pflanzenschutzes eine Behandlung überall im Tiergarten nicht zu rechtfertigen ist.

Frau Grabner wollte wissen, ob Nematoden nur bei der Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners eingesetzt wird.

Herr Unger erklärte, dass die Nematoden bei allen blattfressenden Insekten eingesetzt werden können. Das Mittel muss von den Tieren aufgenommen werden. Körperkontakt allein führt nicht zum Erfolg.

Herr Horváth fragte nach, ob die Befliegung vom letzten Jahr erfolgreich war.

Herr Unger sagte hierzu, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit in diesen Bereichen keine Massenentwicklung in diesem Jahr einsetzen wird.

Des Weiteren informierte **Herr Unger** über die weitere Vorgehensweise. Hierzu wird es auch in diesem Jahr eine Fraßkartierung sowie ein Monitoring für die Greifvögel (Mäusebussard und Rotmilan) geben. Er sagte, dass die aviochemische und bodengestützte Bekämpfung kurz vor der Umsetzung steht. Die Beauftragung ist bereits abgeschlossen. Des Weiteren wird es eine Allgemeinverfügung vom Gesundheitsamt gegeben, um die Flächen vor der Behandlung vorm Betreten zu schützen und auch 12 Stunden danach. Die naturschutzrechtliche Genehmigung muss ebenfalls vorliegen. Begonnen wird mit dem Befliegen, sobald es warm ist (Ende April / Anfang Mai), so **Herr Unger**. Alternative Methoden werden eingesetzt, wenn sich die Nester gebildet haben. Dies wird im Juni der Fall sein. Des Weiteren wird dann die mechanische Bekämpfung vorbereitet und eine Bewertung für das Folgejahr vorgenommen.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) bedankte sich für die ausführlichen Informationen und fragte nach der Bekämpfungsmethode im Tiergarten.

Herr Unger führte hierzu aus, dass alle Bäume, die aus der Luft behandelbar sind, auch befliegen werden. Die bodengestützte Bekämpfung erfolgt parallel. Es wird gezielt am Boden langgefahren und Einzelbäume von unten behandelt. Die Bäume, die unmittelbar am Weg stehen, erhalten eine Behandlung.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste dankte Herrn Unger für die umfangreichen Informationen. Er fragte nach den Protokollen bzgl. der Abstimmung mit den Grundstückseigentümern und der Arbeitsgruppe. Des Weiteren sagte er, dass die Eichenprozessionsspinner schon seit langer Zeit in unserer Region verbreitet sind. Die ersten dokumentierten Massenausbrüche gab es 1850, so **Herr Kaßner**. Seiner Meinung nach, sollten die Maßnahmen so gering wie möglich gehalten werden.

Frau Grabner merkte an, dass es im letzten Jahr Beschwerden von Sportgruppen gab, die im angrenzenden Stadion trainierten. Die Härchen der Eichenprozessionsspinner waren wahrscheinlich vom Wind bis dorthin getragen worden und lösten bei einigen Sportlern eine allergische Reaktion aus.

Herr Unger führte aus, dass am Stadion keine Eichen, sondern Pappeln stehen. Die Eichen, die behandelt wurden, stehen über die Mulde hinweg am Tiergarten. Im Randbereich wurden die Bäume mit Nematoden behandelt. Die Anfahrt mit dem Fahrzeug in diesem Bereich ist äußerst schwierig und sehr gewässernah, so **Herr Unger**. Das Mittel Foray ES darf am Gewässer nicht angewandt werden, deshalb kommen hier Nematoden zum Einsatz. Es konnten deshalb nicht alle Bäume in diesem Bereich behandelt werden.

6.5 4. Stufe EU-Lärmkartierung für Hauptverkehrsstraßen - Abschluss der Lärmkartierung 2022

Herr Jähnichen, Leiter des Amtes 83 führte in das Thema der 4. Stufe der Lärmkartierung von Hauptverkehrsstraßen mit einer Präsentation ein, die dem Protokoll als *Anlage* beigefügt ist. Die Lärmaktionsplanung wird alle 5 Jahre von der Stadt Dessau-Roßlau durchgeführt. Im Jahre 2018 wurde vom Stadtrat die aktuelle Fassung des Lärmaktionsplanes beschlossen. Die Rechtspflicht zur Lärmkartierung und anschließenden Aufstellung eines Lärmaktionsplanes ergibt sich aus dem § 47 c, d BImSchG. Diese haben alle Gemeinden zu erfüllen, die Straßen mit mehr als 3 Mio. Kraftfahrzeugen pro Jahr oder umgerechnet 8.200 Fahrzeugen pro Tag haben.

Für die Lärmkartierung wurde ein Schallschutzbüro beauftragt. Das Ergebnis liegt nunmehr vor und die Karten werden der Allgemeinheit zur öffentlichen Einsicht bekannt gegeben. Diese werden auf der Internetseite des Umweltamtes unter der Rubrik „Öffentlichkeitsbeteiligung“ zu finden sein, so **Herr Jähnichen**. Des Weiteren kann man sich das Kartenmaterial auch in Papierform beim Umweltamt ansehen.

Herr Jähnichen führte weiterhin aus, dass der bestehende Lärmaktionsplan fortgeschrieben werden muss. Mit der Veröffentlichung im Amtsblatt wird die Bevölkerung aufgerufen, sich aktiv hieran zu beteiligen. Es können Vorschläge vorgetragen werden, wie die Verkehrslärmbelastung in geeigneter Weise vermindert werden könnte. Mit diesen Vorschlägen wird ein Schallschutzbüro beauftragt, die Fortschreibung des Lärmaktionsplanes vorzubereiten. Der Entwurf wird dann öffentlich ausgelegt, in den Fachausschüssen thematisiert und letztendlich im Stadtrat beschlossen.

Herr Kellner, Fraktion der CDU fragte nach, ob die Bundesautobahn mit eingeschlossen ist und ob Maßnahmen von der Stadt ergriffen werden können, um den Lärm zu verringern, z. B. mit einer Lärmschutzwand.

Herr Jähnichen sagte hierzu, dass es bei den Vorschlägen der Allgemeinheit keine Einschränkungen gibt. Er führte weiter aus, dass der Lärmaktionsplan ein gemeindliches Planungsinstrument ist, d. h. die Maßnahmen, die im Lärmaktionsplan verankert sind, muss die Stadt als Gemeinde in irgendeiner Form realisieren können. Bei der Autobahn und Bundesstraße verhält es sich so, dass die dafür zuständigen Behörden Planfeststellungsverfahren geführt haben. Er sagte, dass keinerlei Wohnbebauung im Einflussbereich dieser Straße nach dem dafür geltenden Regelwerk unzulässig hohe Schallemissionen hat, sonst hätten diese Straßenausbaumaßnahmen gar nicht stattfinden dürfen und Schallschutzwände hätten realisiert werden müssen, so **Herr Jähnichen**.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste berichtete von einem Bürger der Stadt, der den Vorschlag Tempo 30 in der Innenstadt machte.

Herr Kaßner fragte nach, wie die Straßen ausgewählt wurden. Des Weiteren sagte er, dass die Anwohner der Ziebigker Straße sich seit 10 Jahren für eine Zone 30 wünschen, so wie in der Köthener Straße.

Herr Jähnichen antwortete hierauf wie folgt:

Es müssen Straßen sein, die 3 Mio. Fahrzeugbewegungen im Jahr haben. Es sind nur Karten in der Straßenbaulast des Bundes zu kartieren und diese enden am Stadtrand, so **Herr Jähnichen**. In den bestehenden Stufen des Lärmaktionsplanes waren Strecken mit Tempo 30 enthalten, die z. T. realisiert wurden. Er sagte weiterhin, dass es schwierig sei, die Zustimmung der Oberen Straßenverkehrsbehörde zu erhalten. Es wird für den nächsten Lärmaktionsplan eine Herausforderung sein, Kreativität zu entwickeln, um nicht nur Tempo 30 Zonen auszuweisen. Es gibt kaum Straßen, die noch nicht durch Lärmaktionsplanung entsprechend temporeduziert wurden. Dazu dient die Öffentlichkeitsbeteiligung, damit Vorschläge und Anregungen gesammelt werden können, mit Möglichkeiten der Lärmreduzierung jenseits einer Tempo 30 Festsetzung.

Herr Kellner sagte, dass es vielleicht andere Lösungen gäbe. Er sprach sich dafür aus, diesen Vorschlag mit in andere Ausschüsse bzw. Ämter zu nehmen.

Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau fragte nach, ob sich die Lärmentwicklung gegenüber den anderen Jahren verbessert hat.

Hierzu sagte **Herr Jähnichen**, dass die Datengrundlage dieselbe ist wie bei der letzten Stufe. Es gibt keine neueren Zähl- oder Prognosewerte. Dies sei der Corona-Situation und den geänderten Verkehrsflüssen geschuldet. Ab diesem Jahr gibt es neue Berechnungsverfahren, deshalb sind die jetzigen Werte mit den letzten nicht vergleichbar.

Herr Friese, Amt 83-1 erläuterte, dass sich die Berechnungsmethoden innerhalb der EU geändert haben, um vergleichbare Ergebnisse zu erhalten. Des Weiteren wurde auch die Methode zur Berechnung der belasteten Zahlen vereinbart, so dass keinerlei Vergleichbarkeit mit vorherigen Kartierungen möglich ist, obwohl die Datengrundlage dieselbe ist. Man ist der Auffassung, dass es aufgrund dieser stattgefundenen Harmonisierung wieder eine Vergleichbarkeit geben wird. Des Weiteren führte **Herr Friese** aus, dass z. B. Lichtsignalanlagen und Schallschutzwände mit in den Schallpegel aufgenommen werden. Lärminderungsmaßnahmen haben zwar Wirkung entfaltet, sind allerdings in der Karte nicht darstellbar.

Herr Jähnichen sagte, dass das Eisenbahnbundesamt ebenfalls eine Kartierung vorgenommen hat, die auch öffentlich bekannt gegeben wurde. Die Information des Eisenbahnbundesamtes mit deren Kartierung findet sich auf der Internetseite des Umweltamtes unter der Rubrik „Öffentlichkeitsbeteiligung“ und auf den Kanälen des Eisenbahnbundesamtes.

Herr Stadtrat Kellner verließ die Sitzung 18.02 Uhr.

7 Beschlussfassungen

7.1 Energie- und klimapolitisches Leitbild Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/039/2023/III-KSM

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit verließ die Sitzung 18.04 Uhr und **Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün** übernahm die Leitung der Sitzung.

Herr Ahlers, Klimaschutzmanager Dez. III führte in die Beschlussvorlage zum Energie- und klimapolitischen Leitbild der Stadt Dessau-Roßlau anhand einer Präsentation ein, die dem Protokoll als *Anlage* beigefügt ist. Zu den Zielen merkte er an, dass hier Bundesrecht umgesetzt wird. Es werden sozusagen die Ziele aus den Bundesgesetzen auf die kommunale Ebene übertragen. Des Weiteren betonte **Herr Ahlers**, dass es hier um ein klimapolitisches Leitbild geht. Die Diskussion der Ziele ist Aufgabe der Stadtpolitik. Er nahm Bezug auf das gesamtstädtische Leitbild von 2011. Hier hatte sich die Stadt selbst die Rolle als Vorreiter beim Klimawandel zugewiesen. Um die gesetzlichen Klimaschutzziele zu erreichen, braucht es in allen Handlungsfeldern einen deutlichen Aufwuchs von Ressourcen, so **Herr Ahlers**.

Herr Fricke, Fraktion der SPD fragte nach, ob die Zielsetzung den Vorgaben des Gesetzes entspricht.

Herr Ahlers nahm Bezug auf den Punkt „Ziele & Zielpfade“ aus der Präsentation und verwies auf Spalte 2 „Rechtliche Grundlagen“. Er erläuterte den Begriff Treibhausgasneutralität und führte aus, dass am Ende des Prozesses nur noch so viele Treibhausgase ausstoßen werden, wie die natürliche Atmosphäre es aufnehmen kann. Dies ist nach heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen 0,2 bis 0,3 t pro Einwohner und Jahr. Er sagte weiterhin, dass es viel Veränderung bedarf, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Hier ist die Zusammenarbeit der europäischen Politik und Bundespolitik wichtig. **Herr Ahlers** führte aus, dass es sein Wunsch wäre, dass der Klimaschutz eine kommunale Pflichtaufgabe wird und dass die Kommunen von Bund

und Ländern mit eigenen Anteilen dies entsprechend finanzieren. Die Ziele müssen umsetzbar sein, so **Herr Ahlers**.

18.06 Uhr übernahm **Herr Horváth** wieder die Leitung der Sitzung.

Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD) führte aus, dass der CO₂-Ausstoß pro Kilowattstunde deutlich erhöht wurde. Auf den Seiten des Bundesumweltamtes ist nachlesbar, dass der Ausstoß von CO₂ immer mehr steigt. Deshalb sollte man bei der Zielsetzung etwas realistischer sein, so **Herr Ratzmann**.

Herr Jüling, Fraktion der CDU fragte nach, wie man die gesetzten Ziele erreichen will.

Herr Ahlers erläuterte die Abfolge der Arbeit: Erst die Ziele, dann die Strategie und dann die Maßnahmen. Aufgrund des Erfahrungswissens wird aber bereits schon jetzt mit den Maßnahmen begonnen.

Herr Kaßner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste sagte, dass die Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Ausstoß gefördert werden müssen, z. B. die Vergabe von Solaranlagen beschleunigen und die Stromnetze ertüchtigen.

Frau Lohde, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Bauen und Stadtgrün sagte, dass man an den Verbrauchern ansetzen muss, da diese die größten Effekte bringen. Bevor über die Maßnahmen gesprochen wird, sollten zunächst die Ziele definiert werden.

Frau Grabner, Fraktion Die Grünen, FDP Neues Forum – Bürgerliste sagte hierzu, dass sie dies sehr positiv sehe.

Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 1

7.2 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung einer Drehleiter für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau im Jahr 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023
Vorlage: BV/080/2023/V-37

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob Einführungsbedarf bestünde. Dies war nicht der Fall. Er stellte somit die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

- 7.3 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Einsatzleitwagens für die Freiwillige Feuerwehr Roßlau im 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023**
Vorlage: BV/081/2023/V-37

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob Einführungsbedarf bestünde. Dies war nicht der Fall. Er stellte somit die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

- 7.4 Maßnahmebeschluss zur Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr Mildensee im Jahr 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023**
Vorlage: BV/082/2023/V-37

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob Einführungsbedarf bestünde. Dies war nicht der Fall. Er stellte somit die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

- 7.5 Beschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Berufsfeuerwehr Dessau-Roßlau im Jahr 2025 und Beschluss einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023**
Vorlage: BV/083/2023/V-37

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit fragte nach, ob Einführungsbedarf bestünde. Da dies nicht der Fall war, stellte er die Vorlage zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0

10 Schließung der Sitzung

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit schloss die Sitzung 19.10 Uhr.

Dessau-Roßlau, 07.06.23

Stefan Horváth
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz
Schriftführer